

Multilateraler vs. regionaler Freihandel und Textilien: Wer profitiert? Wer verliert?

Ingeborg Wick, SÜDWIND-Institut für Ökonomie und Ökumene,
Paper für das Forum Arbeitswelten China-Deutschland
Siegburg, den 17.12.2010

Machtverschiebungen im internationalen Handelssystem

Nach dem Ende des Quotensystems im internationalen Textil- und Bekleidungshandel am 31.12.2004 wurde dieser Sektor in die NAMA-Verhandlungen (NAMA = Non-Agricultural Market Access / Marktzugang für Nicht-Agrarprodukte) der Welthandelsorganisation (WTO) integriert. Seit 2001 wird über NAMA und die Liberalisierung des Agrar- und Dienstleistungshandels im Rahmen der Doha-Entwicklungs-Runde der WTO verhandelt. Doch eine Einigung in dieser Runde ist bisher nicht in Sicht.

Während sich die multilateralen Verhandlungen in einer Sackgasse befinden, wächst die Zahl der bilateralen und minilateralen Handelsabkommen immer weiter an. Zu den Vertragsstaaten zählen viele Länder mit einer bedeutenden Textil- und Bekleidungsindustrie.

Die Machtverschiebungen im internationalen Handelsregime und deren wirtschaftliche, politische und soziale Auswirkungen werden im Folgenden am Beispiel des Textil- und Bekleidungssektors untersucht. Dabei wird deutlich, dass die Gestaltungsspielräume der meisten Entwicklungsländer noch enger geworden sind. Aus der Perspektive der HauptverliererInnen dieser Entwicklungen, der weltweiten Beschäftigten dieser Industrie, werden abschließend Handlungsalternativen aufgezeigt.

Verlängertes Quotenregime und Sektor-Behandlung in der WTO?

Eine internationale Allianz von Textil- und Bekleidungs-Industrieverbänden unter Führung der Türkei und der USA hatte im März 2004 versucht, das Quotensystem in der WTO um drei Jahre zu verlängern und eine Diskussion über gesonderte Stützmaßnahmen für diesen Sektor anzustoßen (*Istanbul 2004*). Während eine Verlängerung der Quoten nicht durchgesetzt werden konnte,

verfolgte die Türkei den Ansatz einer Sektor-Behandlung weiter. Doch hierfür gilt im Rahmen der NAMA-Verhandlungen die Regel, auf „freiwilliger Basis“ eine ausreichende Beteiligung unter den WTO-Mitgliedsländern herzustellen. Als ausreichend wird diese bezeichnet, wenn die „kritische Masse von 90%“ des Welthandels in den jeweiligen Sektoren erreicht wird, was eine Beteiligung der Schwellenländer voraussetzen würde. Schließlich fand auch eine Sektor-Behandlung in der WTO keine breite Zustimmung. Am 29.06.2009 beschloss der WTO-Rat für den Güterhandel, die Diskussion über den Türkei-Vorschlag einer Sonderbehandlung des Textil- und Bekleidungssektors auf unbestimmte Zeit zu suspendieren (*ITCB 2009a: 5*).

Vorübergehende neue Quoten gegen China 2005-2008

Die Liberalisierung des Welthandels für Textil und Bekleidung, die das Ende des Quotenregimes Ende 2004 einleitete, wurde im Laufe des Jahres 2005 mit der Verhängung neuer Quoten gegen China durch die USA, die EU, Südafrika, Brasilien und die Türkei eingeschränkt. Tatsächlich waren gemäß Beitrittsprotokoll Chinas zur WTO von 2001 erneute Quoten gegen ausgewählte chinesische Produktkategorien im Fall von Marktverzerrungen in Importländern bis Ende 2008 erlaubt. Ende 2007 (EU) bzw. Ende 2008 (USA, Südafrika, Brasilien, Türkei) waren diese neuen Quoten gegen China ausgelaufen. Trotz dieser Einschränkungen hat China seine Spitzenposition im Weltbekleidungsexport weiter ausgebaut: Zwischen 2005 und 2007 stieg sein Anteil von 27% auf 34% (*WTO 2010a*).

Auch nach dem Ende der genannten Quoten sind WTO-konforme Handelseinschränkungen Chinas weiter möglich. So erlaubt Artikel 16 des WTO-Beitrittsprotokolls Chinas Quoten gegen einzelne chinesische Textil- und Bekleidungsprodukte bis zum Jahr 2013. Doch bisher ist es im internationalen Textil- und Bekleidungshandel zu keinen weiteren Quoten gegen China gekommen. Der Grund hierfür dürfte in chinesischen Handelsrückgängen im Rahmen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zu suchen sein, die seit 2008 sichtbar wurden (s.u.), sowie in steigenden Preisen für Waren aus China (*AVE 2010: 11*).

Doha-Patt: Aktueller Verhandlungsstand in der WTO

Im Rahmen der NAMA-Verhandlungen bildet seit 2008 ein Zollsenkungspaket nach der „Schweizer Formel“ die Grundlage, wonach hohe Zölle stärker gesenkt werden sollen als niedrige. Für Industrieländer würden demnach ein Zollkürzungskoeffizient von 8, für die Entwicklungsländer hingegen Koeffizienten von 20-25 gelten, wobei für letzere in einem Drei-Stufen-Verfahren Ausnahmen möglich sein sollen.

Demnach würden beispielsweise der aktuelle EU-Zoll für die meisten Bekleidungsprodukte von 12% auf 4,8% und für Textilgüter von 8% auf 4% sinken, während für einige Entwicklungsländer die Zölle für Bekleidung von 35%-40% auf 14,6%-15,4% abnehmen.

Tabelle 1
Zoll-Höhen und –Einnahmen ausgewählter Länder für Textil/Bekleidung
2008

| Land | Zolleinnahmen T&B (Mio. US\$) | Durchschnittliche tatsächliche Zoll-Höhe für Bekleidung (*) |
|-------------|----------------------------------|--|
| China | 3.936 | 14,2% |
| Vietnam | 917 | 17,7% |
| Indonesien | 763 | 18,5% |
| Indien | 592 | 14,9% |
| Honduras | 36 | 1,4% |
| Mexiko | 33 | 0,7% |
| El Salvador | 31 | 2,0% |

(*) Unterschiede gehen z.T. auf verschiedene Produktzuordnungen bei Handelspräferenzen zurück.

Quelle: *ITCB 2009a: 2*

Im Blick auf die z.T. sehr hohen Textil- und Bekleidungszölle einiger Entwicklungs- und Schwellenländer und entsprechend drohende staatliche Einnahmeverluste liegt es auf der Hand, dass diese einer Einigung auf Grundlage der „Schweizer Formel“ ablehnend gegenüber stehen.

Verschärft wird die Kontroverse bei den NAMA-Verhandlungen durch das Junktim mit den Agrarverhandlungen, auf dem zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländern bestehen. Es beruht auf dem für die Doha-Runde geltenden Grundsatz des „Single Undertaking“, der über das ansonsten geltende Konsensprinzip der WTO hinausgeht. Demnach ist nichts vereinbart, solange nicht alle Mitglieder allen Beschlussvorlagen zugestimmt haben.

Mit der Priorisierung der Agrarfrage zielen die Entwicklungs- und Schwellenländer auf den Sektor ab, der wie kein anderer im Welthandel durch Zollspitzen und – Eskalationen, Subventionen und nicht-tarifäre Handelshemmnisse zugunsten der Industrieländern geschützt ist, der jedoch für die unmittelbare Grundversorgung ihrer Bevölkerungen von zentraler Bedeutung ist. Von einer Liberalisierung dieses Sektors würden große Agrarexportländer wie die USA oder auch Brasilien profitieren, während kleine Entwicklungsländer Einnahmeverluste und eine Erosion ihrer Handelspräferenzen zu verzeichnen hätten (*Mildner 2009: 10 ff*).

Wie hat sich vor dem Hintergrund des Patts in der Doha-Runde der internationale Textil- und Bekleidungshandel in den letzten Jahren entwickelt? Zunächst soll ein kurzer Blick auf die jüngsten globalen Handelsdaten geworfen werden, bevor die Entwicklungen auf regionaler und bilateraler Ebene beleuchtet werden.

Vormarsch Chinas im globalen Textil- und Bekleidungshandel

Mit einem Wert von 211 Mrd. US\$ hatten die weltweiten Textilexporte im Jahr 2009 einen Anteil von 1,7% an den Weltwarenexporten, während die

Weltbekleidungsexporte im Wert von 316 Mrd. US\$ einen Anteil von 2,6% erreichten (*WTO 2010a*). Trotz einer massiven Ausweitung des Welthandels für Textil und Bekleidung in den letzten Jahren nahm der Anteil an den Weltgüterexporten kontinuierlich ab: Im Zeitraum 2000-2009 stieg der Wert der weltweiten Bekleidungsexporte um mehr als 50% an, während der Anteil an den Weltgüterexporten von 3,1% auf 2,6% sank, und der Wert der globalen Textilexporten um ca. ein Drittel, bei einer Abnahme des Anteils an den Weltgüterexporten von 2,5% auf 1,7% (*ebd.*).

Auf Grund der Weltwirtschaftskrise und des Rückgangs der Nachfrage bei Konsum und Investitionsgütern war 2009 der globale Handel von verarbeiteten Produkten wertmäßig um 20% gesunken. Im Welthandel für Bekleidung war der Rückgang um 13,5% weniger stark ausgeprägt. Obwohl Chinas Exporte in diesem Sektor 2009 um 11% fielen, stieg der Anteil des Landes an den Weltbekleidungsexporten um 1% auf 34% (*ebd.*). Zum Ende des Quotenregimes 2004 hatte dieser Anteil Chinas noch 27% betragen. Gleichwohl sinkt die Bedeutung der Bekleidungsexporte für das Land: Der Anteil an den gesamten Güterexporten Chinas fiel von 14,5% im Jahr 2000 auf 8,9% im Jahr 2009 (*ebd.*).

Mit einem Anteil an den Gesamtbekleidungsimporten der EU27 von 42,5% im Jahr 2009 lag China an der Spitze, gefolgt von der Türkei (13,3%), Bangladesch (8%), Indien (6,6%) und Tunesien (4,4%) – s. *Anl. 2 (ITCB 2009c)*. Auch bei den EU-Textilimporten lagen China mit einem Anteil von 28,2% auf Platz 1, die Türkei mit 17,1% auf Platz 2, Indien mit 11,2% auf Platz 3, Pakistan mit 7,4% auf Platz 4 und den USA mit 4,7% auf Platz 5 (*ebd.*).

Auch bei den Gesamt-Bekleidungsimporten der USA konnte China seinen Anteil in den letzten Jahren ausbauen: Im Jahr 2009 erreichte das Land 38%, bei den Textilimporten 35%. Die Importe stiegen bei Bekleidung 1995-2004 um 9,7% und 2004-2009 um 17,6%, bei Textil im ersten Zeitraum um 15,9%, danach um 8,8% – s. *Anl. 3 (ITCB 2010)*. Diese Werte gingen 2008-2009 um 0,7% (Bekleidung) leicht und um 13,1% (Textil) drastisch zurück (*ebd.*).

Seine globale Wettbewerbsfähigkeit in diesem Sektor hat China in den letzten Jahren trotz Kriseneinbrüchen immer stärker ausgebaut: Die Industrie verfügt über einen vollständigen Produktzyklus, moderne Maschinenparks und eine gute Infrastruktur, sie garantiert niedrige Lohnstückkosten und erhält Subventionen durch staatliche Unterstützungsprogramme.

Die Verletzung völkerrechtlicher Arbeitsnormen ist nach wie vor ein fester Bestandteil der hohen chinesischen Wettbewerbsfähigkeit, obwohl Regierung und Industrie in der jüngsten Vergangenheit z.B. in der Lohnfrage einige Zugeständnisse gemacht haben. Von staatlichen Krisenprogrammen, einer stärkeren Binnennachfrage und dem Exportboom Chinas haben Millionen WanderarbeiterInnen in der Textil- und Bekleidungsindustrie jedoch kaum profitiert. Zunehmend diversifizieren multinationale Unternehmen ihre Beschaffung: Neben China gewinnen Lieferländer wie Vietnam und Bangladesch beispielsweise für Adidas bzw. Aldi an Bedeutung (*Wick 2010: 58 und 79*).

Antidumping-Maßnahmen in der WTO: Stoßrichtung gegen China

Im Zeitraum der GATT- und WTO-Textilquoten haben auch andere Regulierungen im Welthandelssystem protektionistischen Interessen der Industrieländer gedient, wie z.B. Antidumpingmaßnahmen nach Artikel VI des GATT (*WTO 2003: 1*). In den letzten Jahren haben sich allerdings die Gewichte hin zu Entwicklungs- und Schwellenländern verschoben (*WTO 2010b und ITCB 2009a: 2-3*).

Nach Metall und Chemie ist Textil- und Bekleidung zwischen 1995 und 2010 der von Antidumpingmaßnahmen am stärksten betroffene Sektor (*WTO 2010b*). Dabei richteten sich diese vor allem gegen China: Von den in diesem Zeitraum international durchgeführten 2433 Maßnahmen galten 563 China, gefolgt von Süd-Korea, Taiwan und USA (*ebd.*).

Tabelle 2

Zahl von Anti-Dumping-Maßnahmen gegen Textil-/Bekleidungsprodukte 2008

| Anwendendes Land | Fasern/Garne/Stoffe | Konfektion/Bekleidung | Gesamtzahl |
|------------------|---------------------|-----------------------|------------|
| Türkei | 31 | 3 | 34 |
| Indien | 25 | - | 25 |
| Pakistan | 8 | - | 8 |
| EU | 5 | 2 | 7 |
| Brasilien | 5 | 2 | 7 |
| USA | 4 | 1 | 5 |
| Mexiko | 3 | 1 | 4 |
| Südafrika | 2 | 2 | 4 |

Quelle: *ITCB 2009a: 3* (Auszug)

Im Textil- und Bekleidungssektor gingen 2008 die meisten Antidumpingmaßnahmen von Entwicklungsländern aus - mit der Türkei auf Platz Nr. 1, gefolgt von Indien, Pakistan und Peru (*ebd.*). Diese Maßnahmen richteten sich gegen China (Platz 1), gefolgt von Korea, Taiwan und Indonesien (*ebd.*).

Auffällig ist die Tatsache, dass Antidumpingmaßnahmen zunehmend die kapitalintensiven Bereiche der Textil- und Bekleidungsproduktion betreffen, d.h. synthetische Fasern und Garne sowie Stoffe. Dies deutet auf die Finanzkraft der Kläger hin – hochtechnisierte Textilhersteller und ihre Industrieverbände, die über genügende Ressourcen für die Erstellung von Expertisen und die Lobbyarbeit in Handelsgremien verfügen (*ITCB 2009a: 3*).

Boom regionaler / bilateraler Handelsabkommen

Die starke Zunahme regionaler und bilateraler Handelsabkommen in den letzten Jahren muss vor dem Hintergrund der stockenden multilateralen WTO-

Verhandlungen im Rahmen der Doha-Entwicklungs-Runde gesehen werden. Ein kausaler Zusammenhang zwischen beiden Prozessen wird weiter unten erörtert.

Im WTO-Sprachgebrauch werden unter dem Begriff „Regionale Handelsabkommen“ sowohl bilaterale als auch mini- und plurilaterale Handelsabkommen verstanden. Sie können entweder Freihandelsabkommen oder Zollunionen, Integrierte Wirtschaftsabkommen und Präferenzabkommen sein (*WTO 2010c*).

Vorzugsbehandlungen von Vertragspartnern, die eigentlich ein Verstoß gegen das Meistbegünstigungsprinzip des GATT und der WTO sind, werden dabei unter bestimmten Ausnahmeregeln erlaubt.

Insbesondere seit Beginn der 1990er Jahre ist eine Zunahme regionaler Handelsabkommen im GATT- bzw. WTO-System zu verzeichnen. Am 31.07.2010 waren 283 Abkommen in Kraft. Sie machen ca. 1/3 des Welthandels aus (*van der Mensbrugge 2002: 315*).

Seit 1948, dem Gründungsjahr des GATT, wurden insgesamt 474 Regionalabkommen gemeldet, von denen jedoch heute einige nicht mehr in Kraft sind (*WTO Website ebd.*). Zwischen 1948 und 1994 wurden 123 regionale Handelsabkommen abgeschlossen (*Matthes et al. 2010: 11*) – seit 1995 allein 351.

Neben der Anzahl ändert sich auch der Typ: Zollunionen nehmen ab zugunsten von Freihandelsabkommen, und bilaterale Abkommen lösen immer stärker minilaterale Abkommen ab (*Behrens/Janusch 2009: 4*). Zielten z.B. vor 1994 bis zu einem Viertel der Handelsabkommen auf eine Zollunion ab, so betrug diese Quote 2010 weniger als 10% (*ebd. und WTO 2010c*). Während im Jahr 1992 nur 55% aller Freihandelsabkommen bilateral waren, so stieg dieser Anteil im Jahr 2007 auf fast 90%. (*Behrens/Janusch 2009: 4*)

Bedeutungsverlust präferentieller Handelsabkommen im Textil- und Bekleidungssektor

Im Textil- und Bekleidungssektor spielen präferentielle Handelsabkommen für zahlreiche Entwicklungsländer eine erhebliche Rolle. Jedoch sinkt ihre wirtschaftliche Bedeutung, wie weiter unten aufgezeigt wird.

Über Präferenz-Abkommen gewähren Industrieländer Entwicklungs- und Schwellenländern Zollvergünstigungen im Rahmen von Freihandelsabkommen oder Zollunionen - s. *Liste Anl. 1*.

Da zahlreiche Herstellerländer von Textil- und Bekleidungsexporten hochgradig abhängig sind, spielen Präferenzabkommen besonders für sie eine außerordentliche Rolle. Die folgende Güterexportstatistik einiger ausgewählter Länder macht deren Exportabhängigkeit von diesem Sektor deutlich:

Tabelle 3
Anteil des Präferenzexports von Textil/Bekleidung am Gesamt-
Güterexport ausgewählter Länder (%)

| Exportland | 1990 | 2000 | 2005 | 2007 |
|-------------|------|------|------|------|
| Bangladesch | 58,6 | 81,9 | 85,4 | 87,1 |
| Kambodscha | 1,9 | 80,6 | 84,5 | 86,7 |
| El Salvador | 3,9 | 55,8 | 54,1 | 44,7 |
| Guatemala | 1,5 | 33,5 | 33,1 | 23,9 |
| Lesotho | - | 84,7 | 84,7 | 64,5 |
| Mauritius | 68,0 | 63,0 | 45,3 | 47,8 |
| Mexiko | 1,4 | 7,0 | 4,3 | 2,7 |
| Sri Lanka | 28,1 | 57,5 | 50,0 | 50,0 |
| Swasiland | - | 14,9 | 20,0 | 15,8 |
| Türkei | 43,4 | 38,9 | 28,4 | 23,9 |

Quelle: *ITCB 2009b: 3*

Über Ursprungsregeln haben Industrieländer von Anfang an die Präferenzabkommen mit Herstellerländern ebenso dazu genutzt, ihre eigenen schwindenden Textilindustrien zu stärken (*ITCB 2009b: 3*). Denn die Zollvorteile sind meist an strenge Auflagen der Beschaffung von Vormaterialien wie Garnen, Stoffen etc. aus den Unterzeichnerländern gebunden, die die meisten Entwicklungsländer mangels einer eigenen hochtechnisierten Textilindustrie nicht erfüllen können. Unter zahlreichen Auflagen erlauben manche Präferenzabkommen wie z.B. die „Alles-Außer-Waffen“-Initiative der EU jedoch auch den Bezug von Vorprodukten aus Drittländern.

Schon in den Dekaden des Quotenregimes gab es Präferenzabkommen zwischen Industrieländern mit Herstellerländern von Textil- und Bekleidung, beispielsweise seitens der EG mit Mittelmeerländern und Markokko, oder der USA mit den Karibikstaaten und Mexiko, in denen über die Mengenbeschränkungen des „Multifaserabkommens“ des GATT hinaus zusätzliche Quoten vereinbart wurden. Doch nach dem Ende des Quotenregimes im internationalen Textil- und Bekleidungshandel entwickelten sich Zollvergünstigungen zum wichtigsten Hebel im präferentiellen Handel dieses Sektors zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich eine relativ begrenzte ökonomische Wirkung von Handelspräferenzen im Textil- und Bekleidungssektor.

So besteht unter den Ländern, die zollfrei in die USA und die EU exportieren können, ein erhebliches Gefälle. Lediglich 15 Länder teilen sich 93% des gesamten Präferenzimportwerts der USA und mehr als 95% desjenigen der EU (*ITCB 2009b: 6.*).

Oft können Entwicklungsländer streng gefasste Ursprungsregeln in Präferenzabkommen durch die eigene Produktion nicht einhalten, wie das folgende Beispiel illustriert: Im Jahr 2008 wurden unter den Mercosur

(Gemeinsamer Markt Südamerikanischer Länder) -Mitgliedsländern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay 38,7% der Gesamtexporte von Textil & Bekleidung untereinander getätigt, wobei jedoch nur 16,7% der Vorprodukte aus diesen Ländern stammten (*ebd.*).

Unter dem gesonderten EU-Handelspräferenz-Programm „GSP+“ von 2005 müssen sich Entwicklungsländer zu einer nachhaltigen Entwicklung und guten Regierungsführung verpflichten. Doch der gesamte EU-Importwert von Textil- und Bekleidungsgütern aus 15 GSP+-Vertragsstaaten (ohne Sri Lanka) ist minimal: Die Exporte von Armenien, Aserbaidschan, Bolivien, Kolumbien, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Georgien, Guatemala, Honduras, Mongolei, Nikaragua, Paraguay, Peru und Venezuela in diesem Sektor erreichten 2008 lediglich einen Wert von 440 Mio. US\$ (*ebd.*).

Sri Lanka ist das einzige bedeutende Exportland von Textil- und Bekleidungsprodukten unter dem EU-Programm „GSP+“. Im Jahr 2008 exportierte das Land Bekleidung im Wert von 1,65 Mrd. US\$ in die EU und erzielte dabei eine Zollvergünstigung von 159 Mio. US\$ (*ITCB 2009b: 7*). Aufgrund von Untersuchungsergebnissen über Menschenrechtsverletzungen in Sri Lanka suspendierte die EU Kommission das Zollpräferenzabkommen mit dem Land jedoch am 15.08.2010.

Die über EU-Präferenzabkommen begünstigten Exportländer Bosnien, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Marokko, Schweiz, Tunesien, Türkei, Bangladesch und Kambodscha stellen insgesamt ein Drittel aller EU-Bekleidungsimporte, und bei den EU-Textilimporten beträgt diese Quote 25,5% (*ebd.*). Deren Importe sind zwischen 1999 und 2004 um 8,2% bzw. 5,5% und im Zeitraum 2004-2008 nur noch um 1,8% bzw. 1,4% gestiegen, während diese Werte 2007-2008 krisenbedingt um 3,9% bzw. 8,6% zurückgingen.

Insgesamt ist der Anteil der präferentiell importierten Güter am Gesamtexport der EU und der USA in den letzten Jahren gesunken: In der EU fiel er zwischen 2004 und 2008 von 44,1% auf 37,2%, und in den USA von 32,5% auf 21,3% (*ebd.*).

Die meisten der von den USA über Handelspräferenzabkommen begünstigten Länderblöcke verzeichneten in den letzten Jahren Rückgänge bei den Bekleidungs- und Textil-Importen in die USA. Dies gilt für folgende Regionalabkommen:

NAFTA (= North American Free Trade Agreement): Kanada und Mexiko.

CAFTA (=Central American Free Trade Agreement): Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Dominikanische Republik.

FTA 7 (=Australien, Bahrein, Chile, Israel, Marokko, Oman, Singapur).

Anden-Pakt: Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru.

CBI ohne CAFTA (=Caribbean Basin Initiative): 19 Karibik-Staaten (Fußnote!)-

AGOA (=African Growth and Opportunity Act): 44 Staaten von Sub-Sahara.

QIZ = Ägypten, Jordanien, Gaza-Streifen und Westbank.

Tabelle 4
US-Importe von Textil-/Bekleidung nach Regionalabkommen 1990-2009

| Regionalabkommen | Veränderung 1995-2004 (%) | Veränderung 2004-2009 (%) | Veränderung 2008-2009 (%) | Anteil am Gesamtimport T&B 2009 (%) |
|------------------|---------------------------|---------------------------|---------------------------|-------------------------------------|
| NAFTA | 9,1 | -11,5 | -15,6 | 7,6 |
| CAFTA | 8,1 | -8,0 | -18,6 | 7,6 |
| FTA 7 | 2,8 | -14,1 | -20,8 | 0,9 |
| ANDEAN | 10,5 | -8,7 | -27,7 | 1,1 |
| CBI ohne CAFTA | -4,8 | 3,1 | 18,4 | 0,6 |
| AGOA | 17,9 | -12,4 | -21,0 | 1,1 |
| QIZ | 18,3 | 1,5 | -12,7 | 2,0 |

Quelle: *ITCB 2010* (Auszug)

Fast durchweg sinkende US-Importe dieser Länderblöcke trotz Präferenzabkommen sollen im Folgenden am Beispiel der AGOA-Länder konkretisiert werden.

Beispiel AGOA

Seit Inkraftsetzung des „African Growth and Opportunity Act“ (AGOA) im Jahr 2000 bestanden die US-Importe aus den AGOA-Ländern (s. *Anl. 1*) zu 97% aus Öl und Gas. Dabei stand Nigeria 2007 als bedeutendster Öllieferant mit einem Anteil von 59% aller AGOA-Importe 2007 an der Spitze (*Langton 2008: 15*).

Textil- und Bekleidungsprodukte machen nur einen verschwindend geringen Prozentsatz bei den US-Importen unter AGOA aus.

Lesotho stand 2008 mit einem Anteil von 1,9% an den gesamten präferentiell importierten Gütern der USA und einem Wert von 340 Mio. US\$ an der Spitze; verglichen mit den Vorjahren bedeutete dies einen beträchtlichen Rückgang, denn 2007 hatte der Importwert noch 384 Mio. US\$, und 2004 456 Mio. US\$ betragen (*ITCB 2009b: 10*). In der Rangordnung folgen Madagaskar (Anteil am Gesamtimportwert von 1,4%), Kenia (1,2%), Swasiland (0,6%) und Mauritius (0,5%).

Zu den AGOA-Staaten, die unter die generelle Bestimmung für Textil- und Bekleidungsprodukte fallen, die zollfrei in die USA exportiert werden dürfen, fallen Südafrika und Mauritius. Darüber hinaus genießen seit 2006 insgesamt 24 Länder in Sub-Sahara weitergehende Vergünstigungen im Blick auf erhöhte Exportmengen, falls die Verarbeitung in einem der „Am Wenigsten Entwickelten Länder“ der AGOA-Gruppe stattfindet (*Langton 2008: 14*).

Trotz der mehrfach abgestuften Handelsvorteile ist jedoch der Wert der US-Importe aus den AGOA-Ländern in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken: Zwischen 2004-2008 sank er von 1,9 Mrd. US\$ auf 1,2 Mrd. US\$, und krisenbedingt im Jahr 2009 weiter auf 965 Mio. US\$ (*ITCB 2010*).

Als Länderbeispiel ist Südafrika signifikant: Nicht zuletzt durch AGOA und das EU-Südafrika-Freihandelsabkommen von 2000 stiegen die Textil- und Bekleidungsexporte des Landes in die USA und die EU zunächst an, fielen jedoch seit dem WTO-Quotenende 2004 und der wachsenden Einfuhr asiatischer Produkte stark ab (*Wick 2009: 22*).

Mit den Exportrückgängen waren eine sinkende Produktion der südafrikanischen Industrie und erhebliche Arbeitsplatzverluste in diesem Sektor verbunden (*ebd.: 24*). Zwischen 2003-2008 verloren durch Fabrikschließungen ca. 70.000 Beschäftigte der südafrikanischen Textil- und Bekleidungsindustrie ihren Arbeitsplatz – bei einer Gesamtbeschäftigung von 230.000 eine dramatische Verlustrate (*ebd.*).

Beispiel EU-Handelspräferenzen für AKP- Länder

Unter dem Lomé-Abkommen von 1975 und dem Cotonou-Abkommen von 2000 erhielt die Gruppe der AKP-Länder (AKP = Afrika, Karibik und Pazifik – s. *Anl. 1*) einen zoll- und quotenfreien Zugang zum europäischen Markt – vorausgesetzt, sie hielten die EG- bzw. EU-Ursprungsregeln ein. Beide Präferenzabkommen waren ausdrücklich auf das Ziel der Entwicklung und Armutsbekämpfung in den ehemaligen Kolonien europäischer Staaten festgelegt.

Im Rahmen ihres „Alles außer Waffen“-Programms (Everything But Arms – EBA) gewährt die EU seit 2001 ebenso den weltweit 49 „Am Wenigsten Entwickelten Ländern“ (Least Developed Countries = LDCs – s. *Anl. 1*) – unter ihnen 33 Staaten in Subsahara-Afrika, die auch zu den AKP-Ländern zählen - einen zoll- und quotenfreien Zugang zu ihrem Markt. Von dieser Regelung sind Bananen, Zucker und Reis mit Übergangsfristen ausgenommen.

Die WTO hatte dem Cotonou-Abkommen bis 2007 eine Ausnahmeregelung vom WTO-Grundprinzip der reziproken, nicht-diskriminierenden Handelsbeziehung erteilt. Ab 2008 sollte der Präferenzhandel zwischen den Vertragsstaaten liberalisiert werden. Ausnahmen können jedoch weiterhin unter Bezug auf die „Enabling Clause“ des GATT von 1979 gewährt werden, nach der Entwicklungsländer präferentiell behandelt werden können.

Im Jahr 2002 hat die EU mit den AKP-Staaten bzw. sechs AKP-Länderblöcken Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements – EPAs) aufgenommen, die auf einen weitgehenden Abbau des Präferenzhandels und den Aufbau von Freihandelsbeziehungen abzielen.

Bei den Verhandlungen hat die EU einseitig das Volumen des zu liberalisierenden Handels auf mindestens 80% festgelegt. Darüber hinaus bezieht die EU die Forderung nach einer Liberalisierung von Dienstleistungen in die Verhandlungen mit ein, während lediglich der Güterhandel der Cotonou-Staaten WTO-konform gestaltet werden sollte. Über WTO-Bestimmungen hinaus thematisiert die EU in den EPA-Verhandlungen ebenso das Verbot von Exportsteuern.

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass die Verlagerung der Liberalisierungsverhandlungen von der multilateralen auf die regionale bzw. bilaterale Ebene für AKP-Länder erhebliche Nachteile mit sich brachte.

Insofern verwundert es nicht, dass bis heute nur sehr wenige AKP-Staaten EPAs abgeschlossen haben. Lediglich der Block der Karibik-Staaten hat ein EPA und wenige weitere Staaten Interim-EPAs (= IEPA's) unterzeichnet:

Tabelle 5
Unterzeichnete EPA's / IEPA's (Stand: Ende 2010)

| Land/Region | Art des Abkommens | Datum der Unterzeichnung |
|---|-------------------|---------------------------------|
| Karibik (Cariforum) | Regionales EPA | Oktober 2008 (Haiti 11.12.2009) |
| Elfenbeinküste | IEPA | November 2008 |
| Kamerun | IEPA | Januar 2009 |
| Mauritius, Seychellen, Zimbabwe, Madagaskar | IEPA | August 2009 |
| Botswana, Lesotho, Swasiland und Mosambik | IEPA | November 2007 |
| Papua-Neuguinea | IEPA | Juli 2009 (Fiji am 11.12.2009) |

Quelle: *EU 2010*

Eine Förderung der regionalen Integration, auf die die EU mit den EPAs erklärtermaßen abzielte, wird durch die aktuelle unterschiedliche Behandlung der drei Fraktionen von EPA-, IEPA- und Nicht-Unterzeichner-Staaten eher unterminiert.

Was den Textil- und Bekleidungssektor anbelangt, so ist er für den gesamten Handel der EU mit den AKP-Staaten von eingeschränkter Bedeutung. Einige Handelsdaten mit afrikanischen Staaten seien als Beispiel angeführt.

Aus der Gruppe der LDC und EBA-Länder gehört allein Madagaskar zu den bedeutenderen EU-Importländern für Textil und Bekleidung, die unter Handelspräferenzbestimmungen fallen. Madagaskar hat einen Anteil von 0,8% der EU-Präferenzimporte in diesem Sektor, bei einem Importwert von 337 Mio. US\$ im Jahr 2008.

Von den afrikanischen AKP-Staaten, die nicht der LDC-Gruppe angehören, sind nur wenige auf der Liste der Spitzenimportländer der EU zu finden. Bedeutendstes afrikanisches EU-Importland in dieser Branche ist Mauritius, mit einem Importwert von 637 Mio. US\$ (2008), 416 Mio. US\$ (2007) und 144 Mio. US\$ 2005. Im Jahr 2008 hatte Mauritius einen Anteil von 1,5% aller präferentiellen Textil- und Bekleidungsimporte der EU, gefolgt von Botswana, Kenia und Äthiopien, die es 2008 zusammen genommen lediglich auf einen Importwert von 30 Mio. US\$ brachten.

Mauritius hatte in den 1990er Jahren verstärkt auf eine Export-orientierte Entwicklung gesetzt, in deren Rahmen landesweit Auslandsinvestoren durch Vergünstigungen in Zoll- und Steuerklaven (Freie Exportzonen = FEZ) und eine laxen Arbeitsinspektion angelockt worden sind. Die Textil- und Bekleidungsproduktion stand in den FEZ von Anfang an im Zentrum, später kam die Elektroindustrie als wichtige Sparte hinzu.

In den FEZ von Mauritius, Kenia, Madagaskar und Zimbabwe waren vor allem seit der Jahrtausendwende ca. 400 Textil- und Bekleidungsunternehmen tätig, die 170.000 Arbeitsplätze geschaffen hatten (*Traub-Merz 2006: 19*). Vor allem in Lesotho, aber auch in Swasiland wuchs die Textil- und Bekleidungsindustrie seit 2000 stark an, mit der Gründung von 49 bzw. 25 Unternehmen und der Schaffung von insgesamt 83.000 Arbeitsplätzen (*ebd.*). Nach der Liberalisierung des Welttextil- und Bekleidungsmarkts 2004 gingen hier jedoch die Exporte zurück (*ITCB 2010*), und mit ihnen die Beschäftigung (*Traub-Merz 2006: 19*).

Insgesamt zeigt sich im Textil- und Bekleidungshandel zwischen den USA und den AGOA-Ländern sowie zwischen der EU und afrikanischen AKP-Ländern eine rückläufige Tendenz, die auf eine verminderte Bedeutung des Präferenzhandels schließen lässt.

Auf dem liberalisierten Weltmarkt für Textil und Bekleidung werden Zollvergünstigungen durch anderweitige Wettbewerbsvorteile zunehmend relativiert bzw. zunichte gemacht. Extrem niedrige Löhne, moderne Maschinenparks, Massenproduktion, ein vollständiger Produktzyklus, Full-Package-Systeme, eine gute Infrastruktur u. ä. garantieren heute einen größeren Kostenvorteil als Handelspräferenzen (*Audet 2007*). In weltweiten, verschlankten Beschaffungsketten üben multinationale Unternehmen einen wachsenden Kostendruck auf Lieferanten aus.

Schlussfolgerungen

Die genannten Beispiele für jüngste Entwicklungen des Textil- und Bekleidungssektors im Kontext der Freihandelsagenda weisen auf eine Vielfalt struktureller Probleme hin. Nicht wenige dieser Schwierigkeiten, vor denen heute zahlreiche Produktionsländer, Industrien und Beschäftigten stehen, wurden durch die Folgen der Weltwirtschaftskrise noch weiter verschärft.

Die Verlagerung der internationalen Freihandelsdebatten von der multilateralen auf die bilaterale Ebene hat den **Gestaltungsspielraum für Entwicklungsländer weiter eingeschränkt**. Die Pattsituation in der WTO spiegelt zwar auch das gestiegene Gewicht einiger Schwellenländer und Blöcke von Entwicklungsländern im internationalen Handelsregime wider, weshalb Industrieländer heute nicht mehr wie noch im GATT-System ihre Agenda ungebremst durchsetzen können. Doch sind die in bilateralen Verhandlungen stärker zum Tragen kommenden Kräfteungleichgewichte zwischen starken Industrieländern und schwachen Entwicklungsländern (bzw. –Blöcken) für Letztere nachteilig, wie die Ausführungen zu den EPAs zeigen.

Die vor allem von der EU vorangetriebene aggressive bilaterale Freihandelsagenda hat auch einen weiteren Hintergrund:

In ihr spiegelt sich die **wachsende Konkurrenz zwischen den USA und der EU** im Kontext der zu Ende gehenden unipolaren Weltordnung unter Führung der USA wider (*Behrens(Janusch 2009: 1)*). Die Strukturen in den internationalen Machtbeziehungen verändern sich vor allem mit dem **Aufstreben Chinas und weiterer Schwellenländer**. Dabei versuchten nach der Jahrtausendwende zunächst die EU, inzwischen aber auch die USA, ihre jeweiligen Interessen über bilaterale Freihandelsabkommen durchzusetzen. Je rasanter allerdings die Zahl dieser Abkommen ansteigt, desto stärker relativieren sich auch die Vorteile im internationalen Wettlauf.

Doch über die Verhandlungsebenen hinaus ist vor allem der inhaltliche Kern der Freihandelspolitik zu hinterfragen, die – ob multilateral oder bilateral umgesetzt – die Existenz von Ländern und Bevölkerungen bedroht.

Die in den letzten Jahrzehnten **forcierte Liberalisierungspolitik** der führenden Industrieländer hat nationale Märkte immer weiter geöffnet und eine **Anfälligkeit von Ländern für externe Schocks** wie die Weltwirtschaftskrise von 2007 gefördert. Die Raten von Armen, Arbeitslosen und prekär Beschäftigten sind in den letzten Jahren weltweit dramatisch gestiegen (*ILO 2010, OECD 2009 u.a.*).

Bestandteil der neoliberalen Wirtschaftspolitik ist die **Exportorientierung und Deregulierung von Volkswirtschaften, die die Spaltungsprozesse zwischen GewinnerInnen und VerliererInnen gefördert hat**. Augenfälliges Beispiel sind die heute bestehenden 3.500 „Freien Exportzonen“ in 160 Herstellerländern, in denen Auslandinvestoren Zoll- und Steuervergünstigungen genießen und Arbeitsrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind. Nur in wenigen Fällen haben die Freien Exportzonen zu einer Wertschöpfung und zu sozialem Fortschritt in den Gaststaaten wesentlich beigetragen, wie eine ernüchternde ILO-Bilanz nachweist (*Milberg/Amengual 2008: 25-27*).

Die Folgen der Exportorientierung und Privatisierung im globalisierten Wettbewerb sind Wettläufe um die niedrigsten Preise, die zu Lasten der Mehrheit Beschäftigten, von wettbewerbsschwachen Industrien und Ländern gehen. Der soziale Wettlauf nach unten hat einen Boom der weltweiten prekären Arbeit bewirkt, der nicht nur die Beschäftigten, sondern auch staatliche Sozialsysteme schädigt.

Handlungsalternativen

Für eine Abkehr von diesem Wirtschaftskurs und den Abbau weltweiter sozialer Spaltungen bedarf es **staatlicher Maßnahmen wie einer Stärkung der Binnenwirtschaft sowie eine wirksame staatliche Garantie menschenwürdiger Beschäftigungsverhältnisse und sozialer Sicherungssysteme**.

Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftliche Bündnisse sollten die internationale Staatengemeinschaft drängen, die **ILO-Agenda für eine menschenwürdige Arbeit** (*ILO 1999*) verbindlich umzusetzen und **Handelsverträge abzuschließen, in denen die Einhaltung**

von Menschenrechten und völkerrechtlichen Sozialstandards oberste Priorität haben.

Literaturangaben

Audet, Denis 2007: Smooth as Silk? A first look at the Post-MFA textile and clothing landscape, in: Journal of International Economic Law 10(2), 267-284.

AVE 2010: AVE-Jahresbericht 2009/2010, www.ave-koeln.de/doc/doc/ave_jahresbericht_2010.pdf.

Behrens, Maria/Janusch, Holger 2009: Klimawandel in der Welthandelspolitik, Paper für den DVPW-Kongress „Politik im Klimawandel“ 21.-25.09.2009 Kiel, www.dvpw.de/fileadmin/docs/Kongress2009/Paperroom/2009IPOE-pBehrens_Janusch.pdf.

EU 2010: EU Trade – Overview of EPA, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2009/September/tradoc_144912.pdf (updated 05/02/2010).

Fair Politics 2010: Economic Partnership Agreements – A tool for development?, www.fairpolitics.nl/doc/fair_politics_eu/epa/Economic_Partnership_Agreements_Update.pdf.

ILO 1999: Decent Work Agenda – Promoting Decent Work for All, Geneva, www.ilo.org/global/about-the-ilo/decent-work-agenda/lang--en/index.htm.

ILO 2010: Global Wage Report 2010/2011, Geneva.

Istanbul 2004: Istanbul Declaration Regarding Fair Trade in Textiles and Clothing, Global Alliance for Fair Textile Trade, www.fairtextiletrade.org/istanbul/declaration.html.

ITCB 2009a: Threats Newsletter, Year 1, No. 2, July 2009, Geneva, www.itcb.org/Documents/Threads_No.2_July09.pdf.

ITCB 2009b: Threads Newsletter, Year 1, No. 3, October 2009, Geneva, www.itcb.org/Documents/Threads_Issue_3_Oct_09.pdf.

ITCB 2009c: EU(27) Imports of Clothing from Top-60 and Some Other Selected Suppliers: 1999-2008, Geneva, www.itcb.org/Documents/2009TablesF_Eec_v5.pdf.

ITCB 2010: United States Imports of Textiles and Clothing from Top-60 and Some Other Selected Suppliers: 1990-2009, Geneva, www.itcb.org/Documents/2010TbF_Usa_v1.pdf.

Langton, Danielle 2008: U.S. Trade and Investment Relationship with Sub-Saharan Africa: The African Growth and Opportunity Act and Beyond, CRS Report for Congress, Washington, Updated October 28, 2008.

Matthes, Jürgen, et al. 2010: ASEAN plus China: Verliert die EU den Anschluss? Bilaterale Handelsabkommen der EU auf dem Prüfstand, DGAPanalyse 3, www.dgap.org/wp-content/uploads/2010/11/2010-03_DGAPana_Schmucker_gesamt_www.pdf.

Mensbrugge, Dominique van der, et al. 2006: Regionalism versus Multilateralism, in: Trade, Doha, and Development: A Window into the Issues, World Bank, Washington, <http://siteresources.worldbank.org/INTRANETTRADE/Resources/239054-1126812419270/Frontmatter.pdf>.

Milberg, William/Amengual, Matthew 2008: Economic development and working conditions in export processing zones: A survey of trends, ILO Geneva.

Mildner, Stormy 2009: Die Doha-Runde der WTO, SWP-Studie S1, Berlin, www.swp-berlin.de/produkte/swp-studien/swp-studien-detail/article/die-doha-runde-der-wto.html.

Traub-Merz, Rudopf 2006: The African Textile and Clothing Industry: From Import Substitution to Export Orientation, in: The Future of the Textile and Clothing Industry in Sub-Saharan Africa, FES, Bonn.

Wick, Ingeborg 2009: Soziale Folgen des liberalisierten Weltmarkts für Textil und Bekleidung, OBS –Arbeitsheft 62, www.otto-brenner-stiftung.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/AH62_de_01.pdf.

Wick, Ingeborg 2010: Schutz der Arbeit in Partnerschaftsabkommen mit China? Fallbeispiele Adidas, Metro und Aldi, SÜDWIND-Institut für Ökonomie und Ökumene, Siegburg, www.suedwind-institut.de/downloads/2010-08-19_SW-Studie_Chinageschaefte-von-Metro-Aldi-und-Adidas.pdf.pdf.

WTO 2003: Anti-Dumping Actions in the Area of Textiles and Clothing, WT/GC/W/502, Geneva, http://commerce.nic.in/wto_sub/GC/sub_gc-wtgcw502.htm.

WTO 2010a: International Trade Statistics 2010, www.wto.org/english/res_e/statis/its2010_e/its10_toc_e.htm.

WTO 2010b: Anti-Dumping Gateway, 10.12.2010, www.wto.org/english/tratop_e/adp/adp.htm.

WTO 2010c: Regional Trade Agreements Gateway, 10.12.2010, www.wto.org/english/tratop/region/region_e.htm.

Angehängte PDF-Datei:

Anlage 1

„Länder und Regionen mit einem zollfreien Zugang zu den USA, zur EU und zu Kanada im Rahmen unterschiedlicher Programme“ (*ITCB 2009b: 5*)

Anlage 2

„EU-Textil & Bekleidungsimporte von den wichtigsten Freihandels- und Präferenzpartnern“ (*ITCB 2009b: 11*)

Anlage 3

US-Textil & Bekleidungsimporte von den wichtigsten Freihandels- und Präferenzpartnern“ (*ITCB 2009b: 10*)

Box-1: Countries and Territories Eligible for Duty-Free Access to the US, EU and Canada under Various Programmes

| Programme | Eligible for duty-free access |
|---|--|
| United States | |
| Free Trade Area agreements (FTAs) | Canada, Mexico, Israel, Costa Rica, Dominican Rep., El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Australia, Bahrain, Chile, Jordan, Morocco, Oman, Peru and Singapore |
| Andean Trade Preferences Act (ATPDEA) | Colombia, Ecuador, Bolivia (suspended) |
| Caribbean Basin Trade Partnership Act (CBTPA) | Antigua and Barbuda, Aruba, Bahamas, Barbados, Belize, British Virgin Islands, Dominica, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaica, Montserrat, Netherlands Antilles, Panama, St. Kitts and Nevis, St. Lucia, St. Vincent and the Grenadines, Trinidad and Tobago |
| African Growth and Opportunity Act (AGOA) | Angola, Benin, Botswana, Burkina Faso, Burundi, Cameroon, Cape Verde, Chad, Comoros, Congo, Djibouti, Ethiopia, Gabon, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kenya, Lesotho, Liberia, Madagascar, Malawi, Mali, Mauritania, Mauritius, Mozambique, Namibia, Niger, Nigeria, Rwanda, Sao Tome and Principe, Senegal, Seychelles, Sierra Leone, South Africa, Swaziland, Tanzania, Togo, Uganda and Zambia |
| Qualifying Industrial Zones (QIZ) | Egypt, Jordan, West Bank and Gaza |
| European Union | |
| Customs Unions | Andorra, San Marino and Turkey |
| European Economic Area | Iceland, Liechtenstein, Norway and Switzerland |
| Free Trade Area agreements (FTAs) | Chile, Faroe Island, Mexico, South Africa |
| Stabilization and Association Agreements | Albania, Bosnia and Herzegovina, Croatia, Macedonia, Serbia and Montenegro |
| Mediterranean Association Agreements | Algeria, Egypt, Israel, Jordan, Lebanon, Morocco, Palestine, Syria and Tunisia |
| African, Caribbean and Pacific group of countries (ACPs) (Now under Economic Partnership Agreements) | Angola*, Antigua and Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Benin*, Botswana, Burkina Faso*, Burundi*, Cameroon, Cape Verde, Central African Republic*, Chad*, Comoros*, Congo, Congo Democratic Republic*, Cook Islands, Cote d'Ivoire, Cuba, Djibouti*, Dominica, Dominican Republic, Equatorial Guinea*, Eritrea*, Ethiopia*, Fiji, Gabon, Gambia*, Ghana, Grenada, Guinea*, Guinea-Bissau*, Guyana, Haiti*, Jamaica, Kenya, Kiribati*, Lesotho*, Liberia*, Madagascar*, Malawi*, Mali*, Marshall Islands, Mauritania*, Mauritius, Micronesias, Mozambique*, Namibia, Nauru, Niger*, Nigeria, Niue, Palau, Papua New Guinea, Rwanda*, Samoa*, Sao Tome and Principe*, Senegal*, Seychelles, Sierra Leone*, Solomon Islands*, Somalia*, South Africa, St. Kitts and Nevis, St. Lucia, St. Vincent and the Grenadines, Sudan*, Suriname, Swaziland, Tanzania*, Timor Leste*, Togo*, Tonga, Trinidad and Tobago, Tuvalu*, Uganda*, Vanuatu*, Zambia* and Zimbabwe |
| Least-Developed Countries (Everything-But-Arms/GSP) | Afghanistan, Angola, Bangladesh, Benin, Bhutan, Burkina Faso, Burundi, Cambodia, Cape Verde, Central African Republic, Chad, Comoros, Congo Democratic Republic, Djibouti, Equatorial Guinea, Eritrea, Ethiopia, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Haiti, Kiribati, Laos, Lesotho, Liberia, Madagascar, Malawi, Maldives, Mali, Mauritania, Mozambique, Myanmar, Nepal, Niger, Rwanda, Samoa, Sao Tome and Principe, Senegal, Sierra Leone, Solomon Islands, Somalia, Sudan, Tanzania, Timor-Leste, Togo, Tuvalu, Uganda, Vanuatu, Yemen and Zambia |
| GSP+ (Special Incentive Arrangement for Sustainable Development and Good Governance) | Armenia, Azerbaijan, Bolivia, Colombia, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Georgia, Guatemala, Honduras, Mongolia, Nicaragua, Paraguay, Peru, Sri Lanka and Venezuela |
| Canada | |
| Free Trade Areas (FTAs) | United States, Mexico, Israel, Jordan, Colombia, Peru, Chile and Costa Rica |
| European Free Trade Association (EFTA) | Iceland, Liechtenstein, Norway and Switzerland |
| Least-Developed Countries | Same as under the EU list above |
| Commonwealth Caribbean Country Tariff (CCCT) | Anguilla, Antigua and Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Bermuda, British Virgin Islands, Cayman Islands, Dominica, Grenada, Guyana, Jamaica, Montserrat, Saint Kitts and Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent and the Grenadines, Trinidad and Tobago, Turks and Caicos Islands |

Note: Countries with an asterisk (*) under the ACP list are also covered by the Everything-but-Arms programme of the EU.

Appendix Table 1
United States Textiles and Clothing Imports
From top FTA and preferential partners

| Exporter | Import value in million US dollars | | | | | Share in 2008 preferential imports |
|---|------------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|------------------------------------|
| | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | |
| World | 83'310 | 89'205 | 93'279 | 96'410 | 93'187 | |
| Of which, imports from FTA and preferential partners | 27'105 | 25'587 | 23'768 | 21'767 | 19'846 | 100.0% |
| Share in World | 32.5% | 28.7% | 25.5% | 22.6% | 21.3% | |
| Mexico | 7'793 | 7'246 | 6'376 | 5'625 | 4'957 | 25.0% |
| Honduras | 2'678 | 2'629 | 2'445 | 2'518 | 2'612 | 13.2% |
| Canada | 3'086 | 2'844 | 2'587 | 2'202 | 1'652 | 8.3% |
| El Salvador | 1'757 | 1'646 | 1'433 | 1'507 | 1'571 | 7.9% |
| Guatemala | 1'959 | 1'831 | 1'678 | 1'463 | 1'399 | 7.1% |
| Jordan | 956 | 1'083 | 1'254 | 1'146 | 974 | 4.9% |
| Nicaragua | 595 | 716 | 879 | 968 | 934 | 4.7% |
| Egypt | 564 | 614 | 806 | 870 | 914 | 4.6% |
| Dominican Republic | 2'066 | 1'855 | 1'550 | 1'061 | 850 | 4.3% |
| Peru | 692 | 821 | 865 | 833 | 817 | 4.1% |
| Israel | 590 | 544 | 483 | 411 | 418 | 2.1% |
| Haiti | 324 | 406 | 450 | 452 | 412 | 2.1% |
| Colombia | 636 | 618 | 551 | 428 | 378 | 1.9% |
| Lesotho | 456 | 391 | 387 | 384 | 340 | 1.7% |
| Costa Rica | 524 | 492 | 479 | 432 | 307 | 1.5% |
| 15 above | 24'676 | 23'737 | 22'225 | 20'300 | 18'535 | 93.4% |
| Madagascar | 323 | 277 | 238 | 290 | 279 | 1.4% |
| Kenya | 277 | 271 | 264 | 249 | 247 | 1.2% |
| Bahrain | 204 | 160 | 114 | 122 | 149 | 0.8% |
| Swaziland | 179 | 161 | 135 | 135 | 125 | 0.6% |
| Singapore | 244 | 159 | 148 | 154 | 122 | 0.6% |
| Mauritius | 227 | 167 | 119 | 115 | 102 | 0.5% |
| Morocco | 76 | 60 | 102 | 91 | 90 | 0.5% |
| Australia | 243 | 148 | 69 | 39 | 46 | 0.2% |
| South Africa | 164 | 86 | 67 | 43 | 41 | 0.2% |
| Jamaica | 86 | 56 | 49 | 37 | 17 | 0.1% |
| Botswana | 20 | 30 | 29 | 31 | 16 | 0.1% |
| Bolivia | 40 | 37 | 32 | 20 | 15 | 0.1% |
| Malawi | 27 | 23 | 18 | 20 | 13 | 0.1% |
| Chile | 29 | 32 | 34 | 26 | 13 | 0.1% |
| Ecuador | 20 | 19 | 15 | 17 | 12 | 0.1% |
| Ethiopia | 3 | 4 | 6 | 5 | 10 | 0.0% |
| Guyana | 7 | 6 | 5 | 5 | 4 | 0.0% |
| Panama | 4 | 4 | 3 | 3 | 3 | 0.0% |
| Tanzania | 3 | 4 | 4 | 3 | 2 | 0.0% |
| Oman | 126 | 54 | 22 | 10 | 1 | 0.0% |
| Cameroon | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 0.0% |
| Ghana | 7 | 5 | 10 | 8 | 1 | 0.0% |
| Dominica | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0.0% |

Product coverage: MFA products.

In both appendix tables 1 and 2, all imports from eligible countries are included irrespective of whether some amounts may not have entered duty-free due to non-fulfilment of origin requirements.

Egypt has been included as 95% of total clothing imports in 2008 entered under QIZ.

Source: ITCB compilation from US Department of Commerce data. Due to rounding, percentage figures may not tally.

Appendix Table 2
European Union (27) Textiles and Clothing Imports
From top FTA and preferential partners

| Exporter | Import value in million US dollars | | | | | Share in 2008 preferential imports |
|---|------------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|------------------------------------|
| | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | |
| World (Extra-EU27) | 77'941 | 83'937 | 94'617 | 108'172 | 116'462 | |
| Of which, imports from FTA and preferential partners | 34'376 | 33'708 | 36'942 | 42'156 | 43'306 | 100.0% |
| Share in World | 44.1% | 40.2% | 39.0% | 39.0% | 37.2% | |
| Turkey | 13'548 | 14'222 | 14'948 | 17'430 | 16'597 | 38.3% |
| Bangladesh | 4'847 | 4'631 | 6'077 | 6'391 | 7'353 | 17.0% |
| Tunisia | 3'528 | 3'342 | 3'398 | 3'909 | 4'189 | 9.7% |
| Morocco | 3'171 | 2'958 | 3'112 | 3'651 | 3'708 | 8.6% |
| Switzerland | 1'944 | 1'811 | 1'851 | 2'180 | 2'237 | 5.2% |
| Sri Lanka | 1'046 | 1'039 | 1'273 | 1'495 | 1'719 | 4.0% |
| Egypt | 760 | 754 | 859 | 1'010 | 1'130 | 2.6% |
| Cambodia | 646 | 595 | 696 | 725 | 814 | 1.9% |
| Macedonia | 347 | 373 | 460 | 650 | 720 | 1.7% |
| Croatia | 646 | 577 | 554 | 608 | 637 | 1.5% |
| Mauritius | 651 | 560 | 622 | 675 | 637 | 1.5% |
| Serbia | n.a. | 144 | 307 | 416 | 466 | 1.1% |
| Israel | 416 | 399 | 406 | 431 | 454 | 1.0% |
| Madagascar | 210 | 237 | 301 | 355 | 337 | 0.8% |
| Albania | 138 | 136 | 159 | 226 | 284 | 0.7% |
| 15 above | 31'899 | 31'776 | 35'024 | 40'152 | 41'281 | 95.3% |
| Bosnia | 152 | 152 | 162 | 183 | 222 | 0.5% |
| Myanmar | 466 | 242 | 268 | 221 | 217 | 0.5% |
| Peru | 119 | 138 | 153 | 183 | 199 | 0.5% |
| Norway | 162 | 163 | 173 | 187 | 180 | 0.4% |
| South Africa | 257 | 215 | 197 | 196 | 171 | 0.4% |
| Laos | 147 | 149 | 155 | 149 | 164 | 0.4% |
| Syria | 224 | 172 | 171 | 170 | 154 | 0.4% |
| Mexico | 119 | 118 | 122 | 131 | 130 | 0.3% |
| Nepal | 97 | 91 | 86 | 90 | 95 | 0.2% |
| Honduras | 36 | 29 | 37 | 40 | 58 | 0.1% |
| Colombia | 54 | 49 | 56 | 49 | 58 | 0.1% |
| El Salvador | 12 | 13 | 41 | 40 | 40 | 0.1% |
| San Marino | 6 | 5 | 4 | 40 | 34 | 0.1% |
| Lebanon | 15 | 17 | 17 | 19 | 21 | 0.0% |
| Haiti | 2 | 6 | 12 | 22 | 19 | 0.0% |
| Jordan | 13 | 12 | 12 | 14 | 17 | 0.0% |
| Armenia | 16 | 15 | 16 | 17 | 16 | 0.0% |
| Dominican Republic | 15 | 13 | 17 | 19 | 15 | 0.0% |
| Guatemala | 7 | 7 | 8 | 7 | 15 | 0.0% |
| Chile | 14 | 9 | 5 | 11 | 15 | 0.0% |
| Mongolia | 20 | 25 | 24 | 28 | 14 | 0.0% |
| Ecuador | 14 | 13 | 9 | 12 | 13 | 0.0% |
| Nigeria | 40 | 34 | 15 | 16 | 13 | 0.0% |
| Botswana | 13 | 6 | 7 | 11 | 10 | 0.0% |
| Kenya | 13 | 12 | 12 | 11 | 10 | 0.0% |
| Andorra | 7 | 8 | 8 | 7 | 10 | 0.0% |
| Ethiopia | 9 | 10 | 10 | 11 | 10 | 0.0% |
| Bolivia | 8 | 9 | 11 | 9 | 9 | 0.0% |
| Nicaragua | 2 | 2 | 3 | 3 | 9 | 0.0% |
| Liechtenstein | 11 | 10 | 10 | 11 | 9 | 0.0% |
| Tanzania | 16 | 10 | 10 | 10 | 8 | 0.0% |

Product coverage: HS Section XI excl. agricultural raw materials like cotton, wool, silk, etc.

Source: ITCB compilation from Eurostat data. Due to rounding, percentage figures may not tally.